

Stadtratssitzung vom 12. November 2020

Postulat P 15/2020

Postulat betreffend Aufarbeiten der Verstrickungen in den transatlantischen Sklavenhandel und Dreieckshandel von Personen und Firmen im Raum Thun

Alice Kropf (SP), Fraktion SP und Thomas Rosenberg (Grüne) vom 20. August 2020; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen:

1. Beauftragung (intern oder öffentlich) der wissenschaftlichen Recherche und Dokumentation der in den Sklavenhandel/Dreieckshandel¹ involvierten Personen und Firmen im Raum Thun.
2. Lancieren eines politischen Prozesses und einer öffentlichen Diskussion darüber, welche Konsequenzen und Massnahmen aus den gewonnenen Erkenntnissen gezogen werden sollen.

Begründung

Die Forschung zur „kolonialen und postkolonialen Schweiz“² befasst sich seit der Jahrtausendwende vertieft mit der Rolle der Schweiz im transatlantischen Sklavenhandel und Kolonialismus. Im Zuge der aktuellen Bewegung „Black Lives Matter“ hat die Aufarbeitung und Sichtbarmachung an Dringlichkeit gewonnen, eine längst überfällige öffentliche Debatte findet vielerorts statt.

Aufgrund einer Recherche des Lokalhistorikers Thomas Müller³ erschienen in der Jungfrauzeitung vom 15. und 29. Juli 2020 zwei Artikel mit den Titeln „Was haben die ehemaligen Schlossherren mit der Sklaverei zu tun?“⁴ und „Sind noch mehr Schlossherren durch Sklavenhandel reich geworden?“⁵. Gemeint sind die Familien de Rougemont-de Pourtalès, welche sowohl das Schloss Schadau, das Schloss Oberhofen als auch das nicht mehr existierende Schloss Chartreuse besaßen und deren immense Vermögen mindestens zu einem Teil aus den Sklavengeschäften und dem damit verbundenem Dreieckshandel stammten.

Denkbar ist, dass noch weitere ehemalige Adlige mit Bezug zum Raum Thun in den Sklavenhandel verwickelt waren, zu nennen sind beispielsweise Louise Elisabeth de Meuron-von Tschärner, besser bekannt als „Madame de Meuron“ und Besitzerin des Schlosses Amsoldingen. Aus ihrem Familienkreis tauchen mehrere Namen auf, welche im Sklavengeschäft aktiv waren (Daniel Henry de

¹ <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/postkolonialismus-und-globalgeschichte/242213/transatlantischer-sklavenhandel>

² Purtschert, Patricia/Lüthi, Barbara/Falk, Francesca (Hg.): Postkoloniale Schweiz. Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien. Bielefeld 2012

³ <https://thunensis.com/galerien/schloss-schadau/>

⁴ <https://www.jungfrauzeitung.ch/artikel/183295/>

⁵ <https://www.jungfrauzeitung.ch/artikel/183601/>

Meuron und Jacques Louis de Pourtalès, vgl. Link zu „La Cooperaxion“⁶). Zu prüfen wäre auch, ob ehemalige oder noch bestehende Firmen aktiv oder passiv am Sklaven- und Dreieckshandel beteiligt waren.

Aus Sicht der Postulant*innen braucht es eine kritische Untersuchung des historischen Erbes. In der Geschichtsvermittlung müssen auch die dunklen Kapitel beleuchtet und öffentlich sichtbar gemacht werden. So waren die Besitzer der diversen Schlösser im Raum Thun, die Familien de Rougemont-de Pourtalès, eben nicht nur Wohltäter und Schöngelüste, sondern ihre Vermögen stammten zumindest teilweise aus dem Erbe, angehäuft durch die Gewinne aus dem Sklavenhandel/Dreieckshandel. Präzisere Angaben zu den Anteilen aus diesen Geschäften wären im Rahmen des Postulates zu prüfen.

Unbestritten ist, dass mögliche Erkenntnisse in die Thuner Geschichtsschreibung einfließen sollen und die einfache Zugänglichkeit für Bildungsinstitutionen muss gewährleistet sein. Wie weit die Stadt die Aufarbeitung mit internen Ressourcen leisten kann oder öffentliche Aufträge erteilt, soll ihr freistehen.

Es bedarf danach eines politischen Prozesses und einer öffentlichen Debatte, was weiterreichend geschehen soll. Sind Informationstafeln ausreichend? Sind künstlerische Aktionen im öffentlichen Raum eine Möglichkeit zur Sichtbarmachung? Oder eine spezifische Ausstellung im Schloss Thun? Braucht es eine Wiedergutmachung, wenn ja, in welcher Form? Welche Lehren aus der Vergangenheit können dank der Aufarbeitung für die Gegenwart und Zukunft gezogen werden? Aus Sicht der Postulant*innen muss bestimmt darüber diskutiert werden, den Rougemont-Weg umzubenennen. Zentral ist, dass sich an dieser Auseinandersetzung alle interessierten Bürger*innen beteiligen können.

Stellungnahme des Gemeinderates

Das vorliegende Postulat nimmt ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen auf. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist für die Identität einer Stadt von grundlegender Bedeutung. Aus diesem Grunde hat der Gemeinderat auch die Erarbeitung einer Thuner Stadtgeschichte durch einen privaten Verein unterstützt.⁷ Auf Gesuch hin unterstützt die Stadt Thun zudem regelmässig wissenschaftliche bzw. historische Publikationen.⁸ Im Budget des Stadtarchivs ist dafür ein jährlicher Beitrag in der Höhe von 5'000 Franken eingestellt. Zudem unterstützt das Stadtarchiv wissenschaftliche Projekte und Forschungsarbeiten im Rahmen seines Grundauftrags regelmässig mit Dokumenten, Fotos, Recherchen und Zugang zu Archivalien.

Der Gemeinderat hat sich eingehend mit den Anliegen der Postulantinnen und Postulanten auseinandergesetzt und diese geprüft. Aus den folgenden Gründen ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, für das vorliegende Postulat zwar die Annahme, aber gleichzeitig auch die Abschreibung zu beantragen:

⁶ <https://cooperaxion.ch/>

⁷ vgl. [Stadtratsbericht SRB 4/2014 zur Thuner Stadtgeschichte vom 28. Februar 2014](#), <https://www.thuner-stadtgeschichte.ch/de/>

⁸ z.B. Unterstützung der GSK-Führer «Schloss Schadau, Thun» und «Die Campagne Bellerive – das Bonstettengut», Zeitungsdigitalisierungsprojekt ([Medienmitteilung](#)), «I Cittadini» (Kasimir Lohner), «Die Baronin im Tresor» (Franziska Streun)

- *Grundsätzliche Unterstützung wissenschaftlicher Aufarbeitung:* Der Gemeinderat begrüsst es, wenn solche Fragestellungen wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Dafür braucht es aber private Initiative und Trägerschaften. Bei einer allfälligen Anfrage eines privaten Projektes würde der Gemeinderat eine Unterstützung prüfen. Für die wissenschaftliche Aufarbeitung stehen zudem auf Kantons- und Bundesebene die nötigen Instrumente der Wissenschafts- und Forschungsförderung zur Verfügung. Der Gemeinderat ist bereit, die politisch notwendige Aufarbeitung der Vergangenheit in angemessener Weise zu unterstützen. Er weist aber darauf hin, dass es nicht unproblematisch ist, wenn das Verhalten früherer Generationen mit den moralischen Massstäben von heute beurteilt wird.
- Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Schweiz nie eine Kolonialmacht war und dass sie sich damit auf der Ebene verantwortlichen staatlichen Handelns grundlegend von diesen unterschied. Trotzdem waren verschiedene Schweizer Bürger, Unternehmen und Organisationen mehr oder weniger stark am transatlantischen Sklavenhandel beteiligt. Der Gemeinderat bedauert diese historische Tatsache aus heutiger Perspektive zutiefst. Diese Tatsache ist jedoch bekannt und wurde bereits in mehreren Arbeiten hervorgehoben.
- *Die Stadt Thun und ihre Bürgerinnen und Bürger waren am transatlantischen Sklavenhandel nie direkt beteiligt:* Der von den Postulantinnen und Postulanten geschilderte Dreieckshandel setzte am Ende des 17. Jahrhunderts ein und dauerte bis Anfang des 19. Jahrhunderts.⁹ Die Stadt Thun war in dieser Zeit ein kleines Landstädtchen mit rund 1'000 bis 1'500 Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Unterschied zu grösseren Städten (z.B. Bern¹⁰, Zürich¹¹, Neuenburg¹²) verfügte die Stadt Thun in der damaligen Zeit über kein Bankenwesen und war gar nicht in der Lage, am internationalen Sklavenhandel teilzunehmen.¹³ Es gibt deshalb nach summarischer Recherche der Stadtkanzlei auch keine Hinweise über aktive Verstrickungen der Stadt Thun mit dem Sklavenhandel. Es sind auch keine heute noch bestehenden Thuner Firmen ersichtlich, die vom transatlantischen Handel profitiert haben könnten. Die Stadt Thun ist damit aus der Sicht des Gemeinderates nicht das geeignete Objekt, um Fragen der Verbindungen schweizerischer Akteure mit dem Sklavenhandel aus eigener Initiative aufwändig und mit Kostenfolgen wissenschaftlich aufzuarbeiten.
- *Zusammenhänge sind gut aufgearbeitet:* Die Ära der Sklaverei muss richtigerweise sowohl politisch als auch wissenschaftlich beleuchtet werden. Die Verbindungen schweizerischer Akteure mit dem internationalen Sklavenhandel sind in den letzten Jahren allerdings bereits recht gut erforscht worden. Es ist deshalb kaum noch mit neueren Erkenntnissen zu rechnen.
- *Politische Diskussion wird seit Jahren auf allen Ebenen geführt:* Die hier aufgeführten Fragen werden seit fast 20 Jahren in Parlamenten aller Ebenen¹⁴ und in der Öffentlichkeit¹⁵ diskutiert. Der Gemeinderat sieht keinen Mehrwert, wenn diese Diskussion auf Thun übertragen wird. Aus der Sicht des Gemeinderates fehlt es dafür sowohl an der politischen Relevanz der im Postulat

⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Atlantischer_Dreieckshandel

¹⁰ Die Stadt Bern unterstützte mit 45'000 Franken einen Online-Stadtplan über Berns koloniale Geschichte ([Medienmitteilung vom 28. August 2020](#)) (vgl. auch Beilage), <https://cooperaxion.ch/details.php?id=11>; [Bund-Artikel vom 10. September 2020](#) ("Stadt und Kanton sollen Reparationen zahlen"), [Interpellation 241-2020](#) ("Berner Reparationen für Sklaverei?"); [Interpellation Tabea Rai/Eva Gammenthaler \(AL\): Berner Reparationen für Sklaverei?](#)

¹¹ Die Stadt Zürich liess ihre Verstrickung mit dem Sklavenhandel bereits 2007 historisch aufarbeiten («Die Stadt Zürich und die Sklaverei: Verbindungen und Beziehungen: Bericht zuhanden des Präsidialdepartements der Stadt Zürich», [Bericht](#)); [NZZ-Artikel über Alfred Escher](#), <https://cooperaxion.ch/details.php?id=293>

¹² https://de.wikipedia.org/wiki/David_de_Pury, [Bund-Artikel vom 13. Juli 2020](#)

¹³ Die erste Thuner Bank wurde 1826 gegründet, vgl. Thuner Stadtgeschichte: <https://www.thuner-stadtgeschichte.ch/de/wirtschaft/dienstleistungen.html#section-id-2130>

¹⁴ [Übersicht über parlamentarische Vorstösse](#) (erstellt von Hans Fässler)

¹⁵ [Swissinfo-Artikel vom 22. August 2003](#), [WOZ-Artikel vom 20. Oktober 2005](#), [Watson-Artikel vom 11. Juni 2020](#), [Thuner Tagblatt-Artikel vom 21. Juni 2020](#), [Blick-Artikel vom 21. Juni 2020](#)

aufgeführten Verbindungen als auch am erforderlichen direkten Bezug zu Thun.

- *Die Verantwortung von Nachfahren:* Es trifft zu, dass sich in der Literatur Hinweise zu Verbindungen der Familie de Rougemont zum internationalen Sklavenhandel finden lassen.¹⁶ Diese Hinweise stammen aber aus einer Zeit, als die Familie de Rougemont noch in Neuenburg bzw. in Paris gewohnt hat. 1837 hat Abraham Denis Alfred de Rougemont (1802-1868) die Schadau erworben. 1839 haben er und seine Familie das Bürgerrecht von Thun und 1869 dasjenige von Strättligen erhalten (als Anerkennung für die vielen Wohltaten gegenüber der Gemeinde). 1846 bis 1854 hat er das Schloss Schadau erbauen lassen. Die in Thun wohnhaften Mitglieder der Familie de Rougemont waren damit nie direkt im Sklavenhandel engagiert. Es stellt sich demzufolge die schwierige Frage, ob und allenfalls wie die Nachfahren für die Taten früherer Generationen verantwortlich gemacht werden können. Der Gemeinderat spricht sich gegen eine «Sippenhaftung» aus. Er anerkennt aber die Problematik, die sich ergibt, wenn die Nachfahren über grössere Vermögen verfügen, die auf diese Weise erworben worden sind.¹⁷ Festzuhalten ist aber auch, dass sich die Familie de Rougemont in Thun immer sehr wohlwütig gezeigt hat.¹⁸ Die Benennung eines Privatwegs nach der Familie de Rougemont erfolgte deshalb auch in Anerkennung des grossen sozialen Engagements der Familie.
- *Einbezug in den Unterricht:* Der Gemeinderat anerkennt die Wünschbarkeit, die Geschichte von Sklaverei und Sklavenhandel sowie deren Auswirkungen in den Unterricht zu integrieren. Die Verantwortung für die entsprechende Anpassung von Lehrplänen und Lehrmitteln liegt allerdings beim Kanton und bei den einzelnen Lehrpersonen.
- *Finanzpolitisches Umfeld:* Der Gemeinderat wird dem Stadtrat in der Novembersitzung ein Budget mit einem Defizit von 15.7 Mio. Franken unterbreiten. Bei dieser finanzpolitischen Ausgangslage muss sich die Stadt Thun auf ihre Pflichtaufgaben beschränken. Es werden grosse finanzielle und personelle Herausforderungen auf die Stadt Thun zukommen. Es wird nicht mehr alles Wünschbare möglich sein. Die Stadt Thun muss bei der Übernahme neuer bzw. freiwilliger Aufgaben deshalb in Zukunft noch zurückhaltender sein, als sie es bisher bereits war.
- *Stellenmoratorium:* Im Zusammenhang mit dem Budget 2021 hat der Gemeinderat ein Stellenmoratorium beschlossen. Die Stadtverwaltung muss sich auf die vorhandenen Aufgaben konzentrieren. Eine Umsetzung des vorliegenden Postulates durch interne Ressourcen ist damit ausgeschlossen.
- *Umbenennung des Rougemontwegs:* Der Gemeinderat ist zuständig für die Benennung und allfällige Umbenennung von Strassen und Plätzen. Nach Prüfung kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass er eine Umbenennung des Rougemontwegs derzeit nicht für notwendig erachtet. Der Gemeinderat hat den neuen Privatweg am 23. September 1929 auf Antrag des Schadaukonsortiums so benannt («in Erinnerung an den früheren Schadaubesitzer»). Allfällige Verstrickungen von Vorfahren dieser Personen in den internationalen Sklavenhandel sind nach Auffassung des Gemeinderates keine genügenden Gründe für eine Umbenennung dieses Weges. Es ist

¹⁶ Vgl. <https://www.cooperaxion.ch/details.php?id=215>, <https://cooperaxion.ch/details.php?id=216>, <https://www.cooperaxion.ch/details.php?id=217>

¹⁷ vgl. zum Beispiel die politischen Diskussionen, die sich im Zusammenhang mit der Kunstsammlung von Friedrich Christian Flick ergeben ([Wikipedia](#), [Bund-Artikel vom 28. April 2020](#), [Bund-Artikel vom 28. April 2020](#)).

¹⁸ Beispiele aus der [Thun-Chronik](#) (Stichwort «Rougemont» eingeben): 1839: Schenkung einer Summe von 50'000 Franken «zu Händen der Hausarmen der Einwohnerschaft»; 1862: Schenkung einer neuen Kanone an das Thuner Kadettenkorps; 1867: Bedeutendes Geschenk an die Krankenstube; 1868: 15'000 Franken zur Ausführung eines eigenen Baues für das Bezirkskrankenhaus, 4'000 Franken für die Kirchgemeinde Strättligen und 1'000 Franken für die Kirchgemeinde Thun; 1870: Schenkung von 400 Franken an die Spendenkommission von Thun; 1877: Jährliche Weihnachtsgabe von 1'000 Franken an das Krankenhaus; 1891: Spende von 50 Franken für die Thuner Schulen; 1892: Testamentarische Überlassung des Krankenasyls Gwatt nebst Mobiliar und einer teils in Wertschriften, teils in barem Geld bestehenden Summe von 50'000 Franken an das Spital; 1909: Schenkung der Brücke beim Kohlenweiher an die Gemeinde Strättligen und Schenkung eines Harmoniums für die Scherzligkirche; 1909: Schenkung von je 500 Franken für die Armen von Strättligen und Thun.

darauf hinzuweisen, dass die Umbenennung von Strassen und Plätzen auch in Historikerkreisen umstritten ist.

- *Öffentliche Diskussion:* Der Gemeinderat verschliesst sich einer öffentlichen Diskussion nicht. Mit der Debatte über den vorliegenden Vorstoss wird bereits eine erste Diskussion geführt. Der Gemeinderat ist zudem jederzeit bereit, eine Beteiligung städtischer Vertreterinnen und Vertreter an von privater Seite organisierten Diskussionsveranstaltungen zu prüfen, um die Sicht der Stadt Thun zu diesen Problemkreisen darzustellen.
- *Weiteres Vorgehen im Falle einer Nichtabschreibung:* Die durch die Postulantinnen und Postulanten geforderte umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung und Debatte würde erhebliche Kosten verursachen. Im Falle einer Nichtabschreibung des vorliegenden Postulates würde der Gemeinderat dem Stadtrat im nächsten Jahr ein Stadtratsgeschäft über einen Kredit in der Stadtratskompetenz unterbreiten. Der Stadtrat müsste dann entscheiden, ob er bei der erläuterten historischen Ausgangslage sowie der gegenwärtigen finanzpolitischen Lage einen solchen Kredit sprechen möchte. Ein entsprechender wissenschaftlicher Forschungsauftrag würde dann anschliessend öffentlich ausgeschrieben.

Antrag

Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Thun, 14. Oktober 2020

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller

Beilagen

1. Bund-Artikel vom 29. August 2020 zum Online-Stadtplan über die koloniale Geschichte von Bern
2. Bund-Artikel vom 10. September 2020 («Jetzt geht es ums Geld»)